

Gewerkschaft Burbach zu Magdeburg ein Feld in den Kreisen Neuholdensleben und Aschersleben und dem Ingenieur Heinrich Lapp zu Charlottenburg ein Feld in den Kreisen Oschersleben und Halberstadt zur Kaligewinnung.

Hannover. Kaliwerke Prinz Adalbert, A.-G., Hannover. Die Gesellschaft teilt mit, daß am 15. d. M. auf ihrer Schachtstelle bei Oldau plötzlich Bodensenkungen eingetreten sind, die sich anscheinend dadurch erklären, daß beim Niederbringen der Gefrierbohrlöcher unverhältnismäßig große Sandmengen aus den Bohrlöchern herausgeschafft wurden.

Hohenberg. Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuther, A.-G., Hohenberg a. d. Eger. Es ergab sich ein Reingewinn von 135 292 (135 021) M bei 44 595 (52 071) M Abschreibungen. Die Dividende wird wieder mit 11% vorgeschlagen.

Köln. Vereinigte Ultramarinfabriken, A.-G. (vormals Leverkus, Zelten & Konsorten) in Köln. Der Geschäftsbericht verzeichnet für das am 30./6. 1907 beendete Geschäftsjahr nach 256 505 (243 909) M Abschreibungen einen Reingewinn von 817 037 (544 734) M zu folgender Verwendung: Rücklage 38 752 (25 082) M, 10% (8%) Dividende gleich 550 000 (440 000) M, Einlösung von Genußscheinen 96 000 (0) M.

Bergbau- und Hütten-A.-G. Friedrichshütte, Herdorf. Nach 284 896 (290 929) M Abschreibungen können aus dem Reingewinn von 1 041 504 (602 524) M 16% (10%) Dividende gezahlt werden.

Magdeburg. Die Generalversammlung der Gewerkschaft Carlsfund genehmigte den Vertrag mit der Gewerkschaft Hermann II, insbesondere die Abtretung von Abbaurechten.

Meiningen. Holzstoff-, Lederpappen- und Papierfabrik, Wasungen a. d. Werrabahn. In 1906/07 erhöht sich der Fabrikationsgewinn auf 69 092 (61 283) M. Nach 40 715 (40 267) M Abschreibungen ergab sich ein Reingewinn von 32 025 (23 347) M, woraus 4% (3%) Dividende verteilt werden.

Rudolstadt. Die Thüringer Bleiweißfabriken, A.-G. (vorm. Anton Greiner Witwe und Max Buchholz & Co.) in Königsee erzielten im Geschäftsjahre 1906/07 einen Warengewinn von 277 737 (306 350) M. Unkosten erforderten 126 115 M und Abschreibungen 32 275 (39 626) M. Aus dem Reingewinn von 181 072 (154 029) M werden 13% (11%) Dividende gleich 130 000 (110 000) M gezahlt.

Saarbrücken. Die Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke, G. m. b. H. in Völklingen a. d. Saar machten vor einigen Tagen ihre Elektrostahlanlage mit Induktionsöfen zum ersten Male einer größeren Anzahl von Interessenten zugänglich. Der neueste Ofen in Völklingen beruht auf der Kombination des ursprünglichen Kjellin-Ofens mit verschiedenen von den Herren Röchling und Rodenhauser erdachten Neuordnungen an Elektrostahlöfen. Es soll schon in nächster Zeit eine eigene Gesellschaft zur Verwertung der in Rede stehenden Elektrostahlöfen ins Leben treten.

Siegen. Die Eiserfelder Hütte er-

zielte im Geschäftsjahr 1906/07 abzüglich 10 677 M Geschäftskosten 98 045 M Gewinn. Nach Beschluß der letzten Hauptversammlung sollen 12 438 (21 200) M für Abschreibungen, 35 000 M für den Erneuerungsbestand verwandt und 12 1/2% (7%) Dividende verteilt werden.

Worms. Zuckerfabrik Offstein. Der Bruttogewinn für 1906/07 betrug 433 076 (172 475) M. Zu Abschreibungen werden 71 582 (69 457) M verwandt, der Reserve werden 18 074 M (172 475) M zugewiesen, so daß die Gesamtreserven auf 639 000 M anwachsen. Die Dividende beträgt 11% (8%).

### Dividenden:

	1906/7 %	1905/6 %
Bergbau- und Hütten-A.-G., Friedrichshütte, Herdorf . . . . .	16	10
Luxemburger Bergwerks- und Saarbrücker Eisenhüttengesellschaft . .	50	45
Stahl- und Eisenwerk Dahlhausen . .	4	0
Eisenwerk Rote Erde, A.-G. in Dortmund . . . . .	12	0
Eiserfelder Hütte . . . . .	12 1/2	7
Thüringer Bleiweißfabriken, A.-G. in Königsee . . . . .	13	11
Vereinigte Ultramarin-A.-G. (vorm. Leverkus, Zelten & Kons.), Köln . . .	10	8
Staßfurter Chemische Fabrik vorm. Vorster & Grüneberg, A.-G. . . . .	8	8
Vereinigte Chemische Fabriken, Leopoldshall		
Stammaktien . . . . .	1	3
Vorzugsaktien . . . . .	5	5
Chemische Fabriken Harburg-Staßfurt A.-G. Georg Schicht, Außig . . . . .	6	—
Vereinigte Gummiwarenfabriken Harburg-Wien . . . . .	0	7 1/2
Trachenberger Zuckersiederei . . . .	5	—
Oberlausitzer Zuckerfabrik, A.-G. . .	4	—
Zuckerfabrik Offstein . . . . .	11	8
Oberlausitzer Zuckerfabrik Löbau . .	4	4
Holzstoff-, Lederpappen- und Papierfabrik Wasungen . . . . .	4	3

### Dividendenschätzungen.

Eisenwerk Wülfel, mindestens . . . .	10	9
Portlandzementfabrik Germania, Lehrte	8	5
Kostheimer Cellulose- und Papierfabrik, mindestens . . . . .	20	18
Verein für Zellstoffindustrie, A.-G. in Dresden, mindestens . . . . .	6	
Preßhefe- und Spiritusfabrik vorm. J. M. Bast, Nürnberg, mindestens . . . .	15	

### Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands zu Lübeck am 13./9. 1907.<sup>1)</sup>

O. Wenzel-Berlin sprach über die: „Wirt-

<sup>1)</sup> Vorbericht vgl. diese Z. 20, 1660 (1907).

*schaftliche Gestaltung des verflossenen Jahres und besonders der chemischen Industrie.*“ Der Berichterstatter gab an der Hand einer Reihe statistischer Ziffern ein Bild der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahres, insbesondere der chemischen Industrie. „Der Aufschwung, der seit nunmehr beinahe fünf Jahren andauert, hatte bereits im Jahre 1905 die Spuren der vorangegangenen Krise vollständig ausgeglichen. Im Jahre 1906 erreichte er eine Höhe, die in der Geschichte unseres Wirtschaftslebens bisher ohne Beispiel dasteht. Die meisten gewerblichen Betriebe waren bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Dieser Mehrbedarf war in erster Linie eine Folge der erhöhten Aufnahmefähigkeit der breiten Volksschichten: in der Landwirtschaft hervorgerufen durch mehrjährige gute Ernten und hohe Preise ihrer Erzeugnisse, in der Industrie durch die bedeutenden Lohnerhöhungen der letzten Jahre. Hierzu kam der außerordentlich verstärkte Bedarf des Auslandes, der unsern Export im letzten Jahre allein um etwa 10% vermehrte. Die Ernte des letzten Jahres lieferte unter Berücksichtigung der erhöhten Preise allein an Körnerfrüchten einen Mehrertrag von 600 Mill. Mark. Hierzu kam an Futterkräutern und Wiesenheu ein Mehrgewinn von etwa 250 Mill. Mark, dem allerdings ein erheblicher Ausfall an Kartoffeln gegenüberstand. Nach der Statistik der Fleischbeschau ging der Konsum an Fleisch um mehr als 43 Mill. kg, also um etwa 2% zurück; trotzdem mußte für Rind-, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch ein Betrag von 119 Mill. Mark mehr ausgegeben werden als im Vorjahre, und diese Mehrausgabe entfiel — da die Hausschlachtungen für den Konsum der ländlichen Bevölkerung in die Statistik der der Fleischbeschau unterworfenen Schlachttiere nicht einbegriffen sind — fast ausschließlich auf die von Handel und Industrie lebende oder im öffentlichen Dienst stehende städtische Bevölkerung. Mit den Lebensmittelpreisen erfuhren aber infolge des außerordentlich gesteigerten Bedarfs gleichzeitig auch die Rohstoffe aller Art sehr erhebliche weitere Preissteigerungen, die sich auf die Fertigfabrikate übertrugen, hier aber wegen des vielseitigeren Wettbewerbs nur mit großer Mühe, und auch dann nur teilweise durchgesetzt werden konnten, wenn es gelang, die konkurrierenden Fabrikanten durch Kartelle oder Konventionen zu einigen. Die Erkenntnis der Vorteile eines solchen Zusammenschlusses der Arbeitgeber gewann an Ausdehnung und führte zu einer Verstärkung auch derjenigen Organisationen, die den Schutz gegen unberechtigte Forderungen der Arbeitnehmer bezweckten. Mit der allgemeinen Erhöhung der Preise der notwendigen Lebensbedürfnisse suchten naturgemäß auch die Arbeiter günstigere Arbeitsbedingungen durchzusetzen, und bei dem starken Bedarf an Arbeitskräften gelang es in den meisten Fällen leicht, dieses Ziel zu erreichen, soweit die Forderungen nicht über das Maß des Billigen hinausgingen. Nach der Statistik der gewerblichen Berufsgenossenschaften, die die gesamte Industrie und das Verkehrsgewerbe umfassen, ist die Zahl der beschäftigten Vollarbeiter im vorigen Jahre um 350 000 gestiegen, d. h. es sind 105 Mill. Arbeitstage mehr geleistet worden als im Vorjahre. Die Vermehrung betrug 4,89%, während die Summe der ge-

zahlten Arbeitslöhne um 9,89% gestiegen ist. Sie betrug im Jahre 1905 6959 Mill. Mark, im Jahre 1906 7647,4 Mill. Mark. Im Durchschnitt stieg der Lohn für den einzelnen Arbeiter um 4,77%, am stärksten im Bergbau, wo die Steigerung 8,74% betrug. Die Zunahme der Arbeiterzahl war am bedeutendsten in der Metallwarenindustrie, Elektrotechnik und Automobilindustrie, wo sie 7,58% betrug, sodann in der Eisen-, Stahl- und Werkzeugmaschinenindustrie mit 7,37% und im Bergbau mit 6,45%.

In der chemischen Industrie stieg die Arbeiterzahl um 5,13%, die gezahlten Arbeitslöhne erhöhten sich um 10,13% oder pro Kopf des Arbeiters um 4,76%. Trotz der durch die Handelsverträge bedingten Erschwerungen ist der Absatz chemischer Produkte infolge des außerordentlich starken Bedarfs des Auslandes — abgesehen von einzelnen Artikeln — erheblich gestiegen. Die Ausfuhr hat sich — soweit die veränderte amtliche Statistik eine Vergleichung zuläßt — von 11,6 auf 13,2 Mill. dz, also um 13,6%, dem Werte nach sogar um 23% erhöht. Die Verteuerung der Rohstoffe, mit der die Fabrikatpreise nicht Schritt halten konnten, die Steigerung der Arbeitslöhne und der hohe Bankdiskont wirkten nachteilig auf die Rentabilität; diese Einflüsse konnten aber durch die erhebliche Vermehrung der Produktion, sowie durch Verbesserung der Betriebseinrichtungen und der Fabrikationsverfahren wieder ausgeglichen werden. Nach den Rechnungsabschlüssen von 143 Aktiengesellschaften der chemischen Industrie mit 477 Mill. Mark eingezahltem Aktienkapital und einem Bestande von 154 Mill. Mark Reservefonds ist bei einer Gesamtdividende von 72 Mill. Mark die Ertragsfähigkeit im letzten Jahre wieder durchschnittlich um 0,89% gestiegen.

Vergleicht man die Rentabilität der letzten Jahre miteinander und bezeichnet diejenige des Jahres 1899 — als des Jahres der letzten Hochkonjunktur — mit 100, so ergibt sich folgendes Verhältnis:

1899	100	1903	93,3
1900	91,1	1904	98,7
1901	90,9	1905	105
1902	87,8	1906	115.

Während die Zunahme des Ertrages in der Teerfarbenindustrie 3,18% betrug, stellte sie sich in der Industrie der Teerdestillationsprodukte nur auf 0,73%, in der Mineralfarbenindustrie auf 1,52%, in der Industrie der Spreng- und Zündstoffe auf 0,69%, in der Industrie der pharmazeutischen, photographischen, wissenschaftlichen und gewerblichen Präparate auf 0,63%, in der Industrie der künstlichen Düngstoffe auf 0,60% und in der Großindustrie der Alkalien und Mineralsäuren auf 0,33%.

Wenn auch nicht zu erwarten ist, daß die über die ganze Industriegewelt sich erstreckende Hochkonjunktur des letzten Jahres von dauerndem Bestande sein wird, so hat sich doch im laufenden Jahre bisher erfreulicherweise ein merklicher Rückgang nicht fühlbar gemacht.“

Geheimer Kommerzienrat Vorster berichtete alsdann über die in letzter Zeit in Preußen hervorgetretenen Bestrebungen, dem Landwirtschaftsministerium einen Einfluß bei der Konzessio-

nierung industrieller Anlagen zu verschaffen. Wie Redner ausführte, erschwere das in Preußen bestehende umständliche und zeitraubende Genehmigungsverfahren, über das der Verein wiederholt bereits lebhaft Beschwerden geführt habe, schon jetzt die rechtzeitige fabrikatorische Ausnutzung von neuen Erfindungen und Verbesserungen, so daß der deutsche Produzent gegenüber dem Ausland, wo derartige Schwierigkeiten nicht beständen, benachteiligt werde. Bei dem jetzigen Verfahren würden die landwirtschaftlichen Interessen in ausgedehnter Weise geschützt. Dafür spreche schon der Umstand, daß in vielen Kreis- und Bezirksausschüssen erfahrungsgemäß die Landwirtschaft über die Mehrheit verfüge. Im übrigen sei auch nach der Konzessionserteilung allen etwa Geschädigten, also auch der Landwirtschaft, voller Schadenersatz für etwaige wirtschaftliche Nachteile im Wege der Civilklage gewährleistet. Sollte die beantragte Mitbestimmung seitens landwirtschaftlicher Behörden in Preußen eingeführt und dadurch ein weiterer erheblicher Zeitverlust verursacht werden, so würde die preußische Industrie auch gegenüber anderen deutschen Staaten, wo Konzessionen vielfach weit rascher erteilt werden, noch besonders benachteiligt. Auf Antrag des Berichterstatters nahm die Versammlung eine Erklärung an, in welcher die dringende Bitte an die preußische Staatsregierung gerichtet wurde, die berechtigten Interessen der Industrie in dieser Hinsicht zu wahren und den erwähnten Bestrebungen ihre Zustimmung zu versagen.

Nach einem eingehenden Referat über die Bestrebungen der kaufmännischen und technischen Angestellten auf Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über den Dienstvertrag schlug der Referent, Prof. Dr. Duisberg, die Regelung der gesetzlichen Bestimmungen über die *Konkurrenzklausel* in derselben Weise vor, wie sie vom Verein deutscher Chemiker zu Danzig beschlossen wurde (vgl. diese Z. 20, 1464 [1907]).

Der Vorstand wurde beauftragt, eine dahingehende Eingabe an die zuständigen Behörden zu richten.

Was die für die kaufmännischen Angestellten geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches über die Konkurrenzklausel betrifft, so sprach sich die Versammlung gegen jede weitere Einschränkung der Gesetzesbestimmungen aus. Sie beauftragte den Vorstand, in Eingaben an den Reichskanzler und den preußischen Minister für Handel und Gewerbe zu beantragen, daß die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches beibehalten oder nur in der Richtung eingeschränkt werden, daß die Gültigkeit der Konkurrenzklausel in noch höherem Maße als bisher von der Weiterzahlung des zuletzt von dem Angestellten bezogenen festen Gehaltes, mindestens aber von einem seiner Stellung entsprechenden Einkommen, abhängig gemacht wird.

Für die Errichtung einer *chemischen Reichsanstalt*<sup>1)</sup> ist nach dem Berichte des Dir. Dr. Oppenheim-Berlin seitens der Mitglieder des Vereins ein Beitrag von insgesamt 383 000 M gezeichnet worden. Das preußische Finanzministerium hat die unentgeltliche Hergabe des erforderlichen Grund und Bodens,

die Reichsregierung die Unterhaltung der Anstalt aus Reichsmitteln in Aussicht gestellt.

Aus dem weiteren Verlauf der Verhandlungen ist noch hervorzuheben, daß die Versammlung auf Antrag des Justizrats Häusser-Höchst ihr Bedauern darüber aussprach, daß das neue *Schweizer Patentgesetz* nicht eine Fassung erhalten habe, durch die ein wirksamer patentrechtlicher Schutz der Erzeugnisse der deutschen chemischen Industrie gewährleistet werde, daß die Versammlung ferner auf Antrag des Geheimen Regierungsrates Dr. von Boettinger-Elberfeld die Beibehaltung des geltenden Systems der progressiven *Patentgebühren*<sup>2)</sup> unter Ermäßigung der gegenwärtig bestehenden Sätze befürwortete, und endlich auf Antrag von Dr. Brauer-Berlin einmütig die Erwartung aussprach, daß der Verein seitens der Reichsregierung bei der beabsichtigten Neuregelung der Bestimmungen über die *Sonntagsruhe in chemischen Betrieben* zu den Vorberatungen herangezogen werde.

Der Vereinssachverständige für Abwässerfragen, Prof. Weigelt-Berlin, gab eine Übersicht über den gegenwärtigen Stand der Frage der *Beseitigung der Fabrikabwässer*. Auf Antrag des Prof. Lepsius beschloß endlich die Versammlung, das in Frankfurt a. M. zu errichtende Institut für *Gewerbehygiene* mit einem laufenden Beitrag zu subventionieren.

Die vorgenommenen Neuwahlen ergaben die Wiederwahl des Vorsitzenden Prof. Dr. Lepsius und der Vorstandsmitglieder Dr. Engelhorn, Generaldirektor Müller, Dir. Dr. Oppenheim, Prof. Dr. Precht und Kommerzienrat Vischer.

## Personal- und Hochschulnachrichten.

Im Staate Michigan ist ein Gesetz angenommen worden, durch welches 30 000 Doll. für die Errichtung einer staatlichen Bergbauschule zu Plattville bewilligt werden.

Archibald Henry Blount of Herefordshire hat der Yale Universität 80 000 £ vermacht.

Fabrikbesitzer Max Charlier in Köln wurde wiederum in den Aufsichtsrat der Vereinigten Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütten-A.-G. gewählt.

Prof. Dr. Joest-Dresden hat einen Ruf an die Tierärztliche Hochschule Berlin als Leiter des hygienischen Instituts abgelehnt.

Dr. A. Pflüger und Dr. A. Bucherer, Privatdozenten für Physik an der Universität Bonn, wurden zu Professoren ernannt.

Die ständigen Mitarbeiter der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, Dr. Liebenthal und Dr. Diebelhorst, wurden zu Professoren und Mitgliedern der Anstalt ernannt.

Dr. Hennig und Dr. Günther Schulze sind zu ständigen Mitarbeitern der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt ernannt worden.

Der Professor für Eisenhüttenkunde an der Technischen Hochschule zu Aachen, Dr. Wüst,

1) Vgl. diese Z. 20, 1477 ff. [1907].

2) Vgl. diese Z. 20, 1471 ff. und 1527 [1907].